

## AUSLANDSBÜRO

### MOSKAU

CLAUDIA CRAWFORD

EKATERINA ROMANOVA

## „Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft– noch aktuell?!“

7. JULI 2014

[www.kas.de/ru-moskau/](http://www.kas.de/ru-moskau/)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

[ekaterina.romanova@kas.de](mailto:ekaterina.romanova@kas.de)

**Am 17. Juni 2014 führte die Konrad Adenauer Stiftung in Moskau die zweite Diskussionsrunde, die den Fragen der wirtschaftlichen Politik in Russland und in Deutschland gewidmet wurde, zum Thema „Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft– noch aktuell?!“ durch. Daran nahmen 30 russische und deutsche Vertreter der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft teil.**

Im ersten Panel haben Matthias Schäfer, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, und korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Dr. habil. Professor Ruslan Grinberg, Direktor des Instituts für Ökonomie der Russischen Akademie der Wissenschaften, auf die Fragen "Wie viel „Soziale Marktwirtschaft“ gibt es in dem heutigen Deutschland und ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft für Russland attraktiv?" geantwortet. Die Sektion wurde von Claudia Crawford, Leiterin des Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsbüros in Russland, geführt. Die Begrüßungsrede hielt Bundestagabgeordnete Stefan Heck, Mitglied des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz.

### **Wechselbeziehung der politischen und wirtschaftlichen Ordnungen in Deutschland und Russland**

Matthias Schäfer merkte an, dass sich vor 10 Jahren kaum jemand von politischer, unternehmerischer wie auch wissenschaftlicher Seite mit dem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ auseinandersetzen wollte. Die deutsche Wirtschaft litt seinerzeit unter einer schweren Krise, die von der Verlang-

samung des Wirtschaftswachstums, geringer Wettbewerbsfähigkeit und Massenarbeitslosigkeit begleitet wurde. Die Staatsverschuldung stieg erheblich, während es den Sozialleistungen an einer stabilen Gegenfinanzierung fehlte. Der deutsche Ökonom Prof. Dr. Hans Werner Sinn nannte Deutschland damals passend den "kranken Mann Europas". *Heutzutage zeichnet sich Deutschland durch beträchtliche wirtschaftliche Erfolge aus und dies macht auch das deutsche Wirtschaftsmodell wieder international interessant und attraktiv.* Es handelt sich um ein Modell, das nicht statisch, sondern flexibel auf neue Anforderungen angepasst und reformiert werden kann. Die Rolle des Staates liegt in der Festlegung funktionierender Rahmenbedingungen, damit sich nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch erfolgreiche Unternehmen einstellt. Dies ist auch die Grundlage der sozialen Absicherung der Bevölkerung.

Historisch wurde das deutsche Modell stark von den Erfahrungen der Weimarer Republik geprägt. Einerseits bildete sich eine liberale Wirtschaftsordnung mit der Gewerbefreiheit heraus. Deutschland erlebte die "goldenen Zwanziger Jahre" und wurde in die Weltwirtschaft integriert. Andererseits war der Korporatismus der Wirtschaftsordnung stark ausgeprägt. Die Wirtschaftsprozesse wurden mehr denn je in der Geschichte von den machtvollen Kartellen kontrolliert und der Staat duldete sie. Diese Kartelle hatten einen entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik des Staates. Nach der Weltwirtschaftskrise und der Zeit des Nationalsozialismus gab es in Deutschland einen Wandel zu einer liberalen Wirtschaftspolitik, der den Einfluss von Kartellen und Gewerkschaften bändigte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO  
MOSKAU**

CLAUDIA CRAWFORD  
EKATERINA ROMANOVA

7. JULI 2014

[www.kas.de/ru-moskau/](http://www.kas.de/ru-moskau/)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

[ekaterina.romanova@kas.de](mailto:ekaterina.romanova@kas.de)

Der Staat nahm eine kontrollierende und weniger intervenierende Funktion während der Herausbildung dieser Wirtschaftsordnung ein, bei der jeder Einzelne seine Unternehmerinitiative umsetzen konnte. Herr Schäfer merkte an, dass zu den Grundfesten dieser Wirtschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft, ein stabiles Währungssystem, freie Preisbildung und unabhängige Zentralbank genauso gehören wie Tarifautonomie, Meinungsfreiheit und der Eigentumsschutz. Der Staat hat diese Prinzipien in seiner Rechtsordnung zu gewährleisten. Dabei ist die gegenseitige Verantwortung und eine ausgewogene Balance von Eigenverantwortung und sozialer Verantwortung, was sich an der Formulierung des Eigentumsschutzes beispielhaft herausstellen lässt: Der Staat schützt das Privateigentum, damit der Bürger es nutzen und von seinem Gebrauch profitieren kann. Gleichzeitig darf der Gebrauch der Allgemeinheit (Umwelt, Nachbarschaft) nicht schaden, die wiederum von den Erträgen bspw. durch die Abführung von Steuern ebenfalls profitiert.

So greift der Staat nicht in alle Angelegenheiten ein, sondern schafft günstige Rahmenbedingungen für das Engagement des Einzelnen und die private Unternehmerschaft. *Der Staat prägt die Regeln für die Wirtschaftstätigkeit und sichert ihre Einhaltung, nicht nur gegenüber den Wirtschafts-subjekten, sondern durch die Gewaltenteilung und eine aufgeklärte (Medien-) Öffentlichkeit auch vor sich, dem Staat, selbst.* Dabei werden die Bedingungen für einen fairen, funktionsfähigen Konkurrenzkampf geschaffen, der nicht allein zu neuen Ideen und Produkten führt (Wettbewerb als Entdeckungsverfahren), sondern auch vor der Einflussnahme einzelnen machtvoller Gruppen auf Wirtschaft und Gesellschaft schützt (Wettbewerb als Entmachtungsinstrument). Herr Schäfer vergleicht das mit der Rolle der Spielregeln bei der Fußball-Weltmeisterschaft, bei der für jede Fußballmannschaft gleiche Chancen geschaffen werden. Zuschauer und Fußballschiedsrichter überwachen, ob die Regeln des Spiels eingehalten werden.

Getragen wird die Soziale Marktwirtschaft von einem solidarischen, kooperativen und

konsensorientierten Herangehen, das auf der Verbundenheit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnungen basiert und die Verbindung von Stabilität und Veränderungsfähigkeit einer freien und offenen Gesellschaft ermöglicht.

Ruslan Grinberg merkte in seiner Rede an, dass *die Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Russland stark an Popularität eingeübt habe.* In den 90er Jahren, nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Scheitern der Planwirtschaft waren unsere Politiker und Wirtschaftler auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftsmodell, und letztendlich fiel die Wahl auf ein angelsächsisches Wirtschaftsmodell. Damals wurde das Modell der Marktwirtschaft ohne das Adjektiv „sozial“ bevorzugt. Herr Grinberg merkte an, dass auch die deutschen Neoliberalen Öl ins Feuer gegossen haben, indem sie die wachsende soziale Komponente in der Wirtschaft Deutschlands kritisierten. Dies verschlechterte die Wettbewerbsfähigkeit der BRD auf dem Weltmarkt und der Staat konnte so nur ungenügend seinen sozialen Verpflichtungen nachkommen.

Leider stellt Professor Grinberg fest, dass *die Begriffe „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“ in Russland in den 90er Jahren von rechtsliberalen Reformern diskreditiert wurden.* Aber man hätte nicht die Methoden der Schocktherapie, sondern eine „schrittweise“ Umwandlung der Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft anwenden sollen. So führten die Reformen zu Resultaten, die nur wenig mit dem Leitsatz von Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ gemeinsam hatten. Heutzutage hat unser Wirtschaftsmodell nichts zu tun mit dem deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft - der Staat greift in Bereiche ein, in die er nicht eingreifen sollte, und er ist untätig in wichtigen Bereichen, wie dem Gesundheitswesen, der Medizin und der Ausbildung. Nur 20 Prozent der Bevölkerung genießen das standesgemäße Lebensniveau, schlussfolgerte der Referent.

Ein Teilnehmer des Runden Tisches, Vladimir Awtonomow, korrespondierendes Mitglied, Doktor der Wirtschaftswissenschaften und wissenschaftlicher Berater der Fakultät für Ökonomie im Forschungsinstitut der

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**AUSLANDSBÜRO  
MOSKAU**

CLAUDIA CRAWFORD  
EKATERINA ROMANOVA

7. JULI 2014

[www.kas.de/ru-moskau/](http://www.kas.de/ru-moskau/)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

[ekaterina.romanova@kas.de](mailto:ekaterina.romanova@kas.de)

Hochschule für Wirtschaft, erklärte detailreich, inwiefern die Wirtschaft im heutigen Deutschland dem Modell der sozialen Marktwirtschaft entspricht. Nach der Auffassung von Matthias Schäfer werden im Wirtschaftsmodell des heutigen Deutschland die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft eingehalten. So konnte eine Erhöhung des Lebensstandards, ein Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine Qualitätsverbesserung der Leistungen im Gesundheitswesen durch den deutschen Staat erreicht werden.

Herr Grinberg merkte auch die positive Rolle des Euro für die Verbesserung der Wirtschaftslage in der BRD an, weil die südeuropäischen Staaten angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise den Wert der nationalen Währungen abwerten konnten. Aber als die vorrangige Aufgabe gilt heute in der BRD nach der Meinung von Herrn Grinberg die Lösung der sozialen Fragen und im Einzelnen die Reform des Rentensystems.

In dem zweiten Panel haben Professor Nils Goldschmidt, Professor für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik an der Universität Siegen, und Prof. Dr. habil. Olga Alexandrova, Vize-Direktor für wissenschaftliche Arbeit des Instituts für sozialwirtschaftliche Probleme der Bevölkerung der Russischen Akademie der Wissenschaften, ihre Einschätzungen zu den Themen, wie „soziale“ Frage in modernem Deutschland bewältigt wird, und inwiefern Russland heute sozial ausgerichtet ist, geäußert. Der Moderator war Prof. Dr. habil. Alexander Tchepurenko, Dekan der Fakultät für Soziologie, Hochschule für Ökonomie (HSE).

**Über die Geschichte der Entwicklung der „sozialen“ Frage in Deutschland.**

Professor Goldschmidt beschrieb den Entwicklungsprozess der Sozialpolitik in der Geschichte Deutschlands vom 19. Jahrhundert bis heute. Dabei unterteilte er die Entwicklung in vier Phasen. Der Ausgangspunkt war die Periode von 1880 bis 1914, als auf Initiative von Otto von Bismarck die ersten Gesetze zur Sozialversicherung als Antwort auf die soziale Frage verabschiedet wurden. Als zweite Phase wurde die Zeit der Weimarer Republik genannt, in der die Sozialpolitik

als ein wichtiges Element zum Aufbau eines demokratischen Wohlfahrtsstaates gesehen wurde. In dieser Periode wurden die sozialen Beziehungen rechtlich verankert und mit Blick auf die Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerern institutionalisiert. Die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 1970er Jahre kann man als Zeit der Rekonstruktion und des Ausbaus der Sozialsysteme charakterisieren. Wesentlich war in diesen Jahren die Verknüpfung mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Mit dem Zitat von Ludwig Erhard „am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden. Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten“ formulierte N. Goldschmidt die Ziele der „Sozialen Marktwirtschaft“ der Nachkriegsjahre. Man musste ein neues sozialgerechtes System schaffen, das zur Chancengleichheit für alle beitragen würde und den Gewinn so verteilen würde, dass er einen größtmöglichen Nutzen für die ganze Gesellschaft bietet, dabei jedoch die Eigeninitiative des Menschen bewahrt. Die nächste Phase bezeichnete Professor Goldschmidt als „Sozialpolitik zweiter Ordnung“. In dieser Zeitspanne wurde nicht nur der Bereich der Sozialverantwortung weiter ausgebaut, sondern auch eine Reform der existierenden Gesetzgebung durchgeführt. Die letzte und aktuelle Phase ist durch einen Pluralisierungsprozess in drei Richtungen gekennzeichnet: Ökonomisierung der Sozialpolitik (im Bereich des Gesundheitswesens, auf dem Arbeitsmarkt, z.B. Hartz-Reformen), Individualisierung (z.B. Hilfe für Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche) und Grundsicherung (bei Arbeitslosigkeit und im Alter – anstelle einer Lebensstandardsicherung).

Wie verstehen wir somit das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bezogen auf „die soziale Frage“? *Mit einer Bonmot von Alexander Rüstow beschrieb Professor Goldschmidt ihr grundlegendes Prinzip so: „Brauchst Du eine hilfreiche Hand, so suche sie zunächst am Ende deines rechten Ar-*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO  
MOSKAU**

CLAUDIA CRAWFORD  
EKATERINA ROMANOVA

7. JULI 2014

[www.kas.de/ru-moskau/](http://www.kas.de/ru-moskau/)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

[ekaterina.romanova@kas.de](mailto:ekaterina.romanova@kas.de)

mes". Das bedeutet, dass jeder Mensch danach streben soll, selbstständig zu sein. Dabei muss der Staat aber Inklusionsmöglichkeiten schaffen, was bedeutet, dass Bedingungen für jedes Mitglied der Gesellschaft gegeben werden, die es ihm ermöglichen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, um ein erfülltes Leben führen zu können.

**Der "Sozialstaat" ist in Russland bislang mehr Schein, als Sein.**

Olga Alexandrowa begann ihre Rede mit der Erklärung, dass sie sich auf den 1. Paragraph des 7. Artikel der russischen Verfassung berufen werde, der unserem Staat als Sozialstaat definiert. Die Erfahrungen beim Wiederaufbau des Nachkriegsdeutschland waren sehr wichtig für die Bevölkerung der Sowjetunion Ende 80er, aber seit dem Anfang der 90er Jahre wurden die Ideen der Umsetzung des skandinavischen oder kontinentalen Typs des Sozialstaats von der Regierung, als unzeitgemäß und wirtschaftlich nicht Zweckmäßigkeit bezeichnet und so vernachlässigt. Es war keine gesellschaftliche Debatte zu verzeichnen, weil die Massenmedien von radikalen Reformern und einer reichen Elite kontrolliert wurden, und somit keine alternative Meinung in dem gesellschaftlichen Raum zuließen.

Der Aufbau des Sozialstaats in Russland ist bislang in drei Etappen erfolgt. In der ersten Etappe, in den 90er Jahren, wurde das Kapital als den führenden Wachstumsfaktor unter dem Vorwand der Notwendigkeit der Mittelakkumulation für die künftige Modernisierung genutzt. Infolge dessen wurden die staatlichen Sozialausgaben kontinuierlich abgebaut. In der zweiten Etappe, in den 2000ern, wurden Gehälter, Renten und Leistungen vor dem Hintergrund eines Anstieges der Einnahmen aus dem Erdölgeschäft erhöht. Die Staatsrhetorik änderte sich auch, da die neuen Gesetze zu erheblichen Kürzungen bei den Sozialausgaben führten, während die totale Kontrolle über Massenmedien bestand. Seit dem Anfang der Finanzkrise 2008 erkannte man, dass diese Politik Russland in eine Sackgasse geführt hat. Jedoch wurden im sozialen Bereich weiterhin neoliberale Reformen beobachtet, die die Soziallasten zum größtmög-

lichen Teil den Bürgern auferlegen sollten. Dabei wird behauptet, dass im Vergleich zu den westlichen Staaten, die Regierung in Russland nicht auf ihre Pflichten als Sozialstaat verzichtet. Aber laut den Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OSZE) erhöhten sich die Ausgaben im sozialen Bereich in den OSZE Mitgliedstaaten im Durchschnitt von 19% des Bruttoinlandsprodukts 2007 auf 22,1% des Bruttoinlandsprodukts 2009 und sind seitdem nicht gefallen. Darüber hinaus sollte der Unterschied in den Ausgaben für Gesundheitswesen, Ausbildung, in Messgröße der Ersatzquote (das Verhältnis zwischen Rentenbezügen und individuellem Arbeitsentgelt) usw. zwischen unseren Staaten von Anfang an beachtet werden.

Welche sozialen Herausforderungen sind aktuell für das heutige Russland? Das äußerst niedrige Lohnniveau des größten Teils der Bevölkerung ist charakteristisch für Russland. Wenn man das Armutsniveau in Russland mithilfe von den Indikatoren der OSZE-Mitgliedstaaten gemessen hätte, hätte sich die Zahl zweimal erhöht. Durch den Erlass vom Präsident W. Putin vom 7. Mai 2012 wurde zum Beispiel eine Erhöhung der Gehälter für Lehrkräfte von Gymnasien bis zum mittleren regionalen Niveau durchgeführt. Dennoch betragen die Gehälter heute nur 1,5-2% der Untergrenze für einen angemessenen Lebensunterhalt. Dies bewirkte aber keine Verbesserung für die Schullehrer, da der Lohnzuwachs durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und meistens durch die Arbeitsauslastung auf Kosten der Personalkürzung neutralisiert wird. Eine Erhöhung der Gehälter bei gleichbleibender Anzahl an Beamten würde die regionalen Haushalte überlasten. Im Ergebnis erreichte das Verschuldungsniveau der Subjekte der Russischen Föderation 2013 nach Angaben des Rechnungshofes fast die Höhe des Betrages der Mittel des Reservefonds.

Der Durchschnittslohn in der verarbeitenden Industrie bleibt auch niedrig. Die Situation in diesem Bereich verschlechterte sich nach dem Beitritt Russlands zu der Welthandelsorganisation. Da die Situation durch die natürlichen Monopole, die die unersättlichen Appetits behalten, die teuren Kredite und

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**AUSLANDSBÜRO  
MOSKAU**

CLAUDIA CRAWFORD  
EKATERINA ROMANOVA

7. JULI 2014

[www.kas.de/ru-moskau/](http://www.kas.de/ru-moskau/)

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

[ekaterina.romanova@kas.de](mailto:ekaterina.romanova@kas.de)



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Auslandsbüro RF

Kuznetsky Most 21/5  
Büro 4050  
107031 Moskau  
Russische Föderation  
Tel. +7 495 626 00 75  
Fax. +7 495 626 00 76

die hohen Steuern auf Produktionsbetriebe, die vor allem eine Fiskal-, sondern nicht eine Förderungsfunktion erfüllen, geprägt ist. Die Stabilität des Staates ist bedroht, wenn er durch innere Widersprüchen zu zerreißen droht. Deshalb soll man die enorme Einkommensungleichheit und die Ungleichheiten zwischen den Regionen beseitigen. Frau Alexandrova merkte an, dass Ludwig Erhard die Wichtigkeit des Verzichts auf die ehemalige Wirtschaftsordnung, die beträchtliche soziale Ungleichheit hervorgebracht hatte, im Nachkriegsdeutschland betonte. Seine Reformen, die zu der Steigerung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung beitrugen, wurden auf die Änderung der Situation ausgerichtet. Im heutigen Russland bleibt dieser Wirtschaftswachstumstreiber fast aus. *Für den Aufbau des echten Sozialstaates benötigt man das grundlegende Sozialkompromiss zwischen den Eliten und der Bevölkerung.* Aber die Elite macht nur Zugeständnisse, wenn es für sie keinen anderen Ausweg gibt. Bis zuletzt empfand die Elite aus Politik und Wirtschaft keine Notwendigkeit, etwas zu ändern. Angesichts davon bleibt der 1. Paragraph des 7. Artikels bis weiterhin eine nicht realisierte Ankündigung.

Ein Mitglied des Rondtisches, Doktor der Wirtschaftswissenschaften Rostislaw Kape-luschnikow, stellvertretende Direktor des Zentrums für die Arbeitsmarktanalyse an der Hochschule für Wirtschaft schlug vor, die Begriffe „Sozialstaat“ und „soziale Marktwirtschaft“ terminologisch zu unterscheiden, weil unter dem letzten Begriff vor allem das Wirtschaftsmodell, das sich auf die Marktmechanismen gründet, verstanden wird.

Am Ende der Diskussion im Rahmen des Rondtisches merkte Professor A. Tschepu-renko an, dass die Wahl des Wirtschaftsmodells in Russland in den 90er Jahren nicht auf die soziale Marktwirtschaft gefallen ist und dies durch eine Menge von Faktoren bestimmt wurde. Dieser Prozess könnte mit der Wahl eines Gerichts aus einer Speisekarte verglichen werden. Natürlich hängt die Wahl eines Modells von den komplizierten politischen und wirtschaftlichen Prozessen ab, die für Russland damals charakteristisch

waren. Aber in der jetzigen Etappe bleibt die Diskussion über die Suche nach einem Wirtschaftsmodell für Russland aktuell.